

Der Kanton Bern braucht frischen Mut durch neue Köpfe

Bekanntlich sollen neue Besen gut kehren. Nun hat der Grosse Rat des Kantons Bern in der vergangenen Legislatur nicht einfach alles falsch gemacht, dennoch steht der Kanton vor einer sehr schwierigen Zukunft und grossen Problemen. Probleme, welche sich mit Berührungängsten schlecht vertragen. Es müssen endlich auch Tabus wie etwa der Agrar-Protektionismus oder die strukturelle Erschliessung bis in den hintersten Winkel des Kantonsgebietes angepackt werden. Man darf nicht vor so genannt „heissen Eisen“ und dringend notwendigen Reformen zurückschrecken. Wie insbesondere die jüngste Spardebatte 2013 im Grossen Rat zutage förderte, braucht es Entscheide und Veränderungen die wehtun. Damit meine ich jetzt aber nicht noch mehr Einsparungen bei den eh Schwächsten wie Kranken oder Behinderten, sondern namentlich bei den ländlich motivierten Besitzansprüchen.

Auf Seiten des Kantonsparlaments muss ein Umdenken stattfinden. So ist der blockierende Stadt-Land-Graben endlich zu überwinden. Dieser Appell gilt übrigens auch für meine Parteikollegen/-innen aus den ländlichen Kantonsteilen. Denn gerade die BDP widerspiegelt die Dominanz dieser Gebiete gegenüber den urbanen Zentren. So sind von der 25köpfigen Grossratsfraktion der BDP nur gerade zwei Mitglieder aus der Stadt Bern. Dass diese grosse Kluft im Grossrat negative Konsequenzen für Bern hat, versteht sich von selbst. Nur ein Beispiel hierfür war die Verteilung der künftigen Standorte der Fachhochschulen zu Ungunsten der Stadt. Weitere Entscheide zu Lasten des urbanen Zentrums des Kantons gab es etwa bei der Wirtschaftsförderung oder auch bei strukturellen Weichenstellungen beim Öffentlichen Verkehr.

Der Motor wird abgewürgt

Mit solchen Entscheiden seines Parlaments lähmt sich der Kanton gleich selbst und beraubt sich der Effizienz seines eigentlichen Motors. Dies ist geradezu fatal, denn bekanntlich leidet der punkto Fläche und Bevölkerung zweitgrösste Kanton mit seinen städtischen Zentren und seinen weitläufigen ländlichen Gebieten und abgeschiedenen alpinen Gegenden schon so unter massiven strukturbedingten Nachteilen. Nicht zuletzt diese Konstellation führt zu riesigen Ressourcenunterschieden innerhalb des Kantons. So weisen zum Beispiel 85% der Gemeinden eine unterdurchschnittliche Steuerkraft auf. Demgegenüber gehören innerhalb des innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleichs (FILAG) lediglich 15% der Gemeinden zu den Zahlenden. Dass dieses strukturelle Ungleichgewicht dazu führt, dass der Kanton Bern beim nationalen Finanzausgleich (NFA) überdurchschnittlich stark alimentiert wird, macht seine Situation noch ungemütlicher.

Dass man im Kanton Bern bislang noch kein wirksames Mittel gegen diese strukturellen Probleme gefunden hat liegt namentlich an diesen unterschiedlichen wirtschaftlichen Potenzialen und den damit verbundenen regionalen Interessen. Diese Spannungen zwischen Stadt und Land können im Prinzip nur auf eine Art und Weise gemindert werden: Es braucht Wachstum. Wachstum, welches der Kanton Bern bitter nötig hätte, denn er wird punkto Wirtschaftskraft von anderen Regionen und Landesteilen der Schweiz zunehmend überflügelt und abgehängt. Im Vergleich zu den anderen grossen Schweizer Agglomerationen belegt die Region Bern sowohl beim Wachstum der Bevölkerung, wie auch bei der Zunahme der Arbeitsplätze jeweils hinterste Plätze. Die Folgen sind hohe Zentrumslasten, fehlende Steuereinnahmen und nicht zuletzt der belastende Pendlerverkehr.

Wenn zwei sich streiten...

Das fehlende Wachstum hat diverse Ursachen. Ein Hauptgrund ist die Rivalität zwischen den ländlichen Gebieten und den urbanen Zentren. Will sich der Kanton Bern innerhalb der Schweiz als dynamischer Wirtschaftsraum behaupten, darf er sich nicht länger durch eine überproportionale Umverteilung der Finanzen zugunsten der Landregionen schwächen. Wenn man bedenkt, dass fast 60% der kantonalen Wirtschaftsleistung aus dem Grossraum Bern stammt, ist diese Haltung fatal. Eine weitere Hauptursache ist fehlendes Bauland. Dieser Bereich wird zwar auch auf Stufe Gemeinde entschieden, doch gerade dort lehnt man kommunale Einzonungsvorlagen aus Sorge um die Landwirtschaft und zur Bewahrung von Grünflächen überdurchschnittlich oft ab. Dabei ist die Rechnung einfach: Ohne Bauland und Bautätigkeit gibt es kein Wachstum bei der Wirtschaftsleistung und den Arbeitsplätzen.

Gerade beim Thema Einzonungen stehe ich selbst im Widerspruch zur Bürgerlich-Demokratischen Partei BDP. So lancierte die Kantonalsektion meiner Partei gemeinsam mit den Grünen Kanton Bern und mit dem kantonalen Bauernverband (Lobag) die so genannte Kulturland-Initiative. Diese fordert die Erhaltung von genügend landwirtschaftlich nutzbarem Kulturland indem die Ausdehnung von Siedlungsflächen wirksam verlangsamt werden soll. Nun ist dieser angestrebte quantitative und qualitative Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche zwar absolut begrüssenswert, doch er steht im Konflikt zum erwiesenen Bedarf an Bauland zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum. Zur Transparenz sei gesagt, dass ich die Kampagne „Boden gutmachen“ der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) persönlich unterstütze. Im Rahmen dieser Aktivitäten will die RKBM die Zusammenhänge zwischen konzentrierter Siedlungsentwicklung, sprich verdichtetem Bauen, den fehlenden Bauzonen sowie der Wachstumsschwäche in unserer Region aufzeigen.

Wissen und eigene Erfahrung als Motivation

Meine Erkenntnisse beruhen auf Wissen und Erfahrungen. So bin ich in der Stadt Bern Mitglied der Agglomerationskommission (AKO). Diese seit September 2012 ständige Kommission des Stadtrates hat zum Ziel, die politische Zusammenarbeit in der Region Bern zu fördern. Hierzu stehen die Mitglieder der AKO im Bereich der Agglomerationspolitik im ständigen Kontakt mit den umliegenden Gemeinden. Zudem absolvierte ich am Berner Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung (bwd) die Ausbildung zum diplomierten Gemeindepolitiker, welche unter dem Patronat des kantonalen Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) steht. Dieses Amt innerhalb der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) ist zuständig für die kantonale Raumentwicklung und übt die Aufsicht über die regionale und kommunale Raumplanung aus. Natürlich wurde im Rahmen dieses fundierten Diplomlehrgangs auch die Bewilligung von Bauzonen behandelt.

Gestützt auf all diese Erkenntnisse erlaube ich mir im Rahmen meiner Wahlkampfkampagne um einen Sitz im Grossen Rat des Kantons Bern das Fazit, dass für einen Umbau im Berner Kantonsparlament die Zeit reif ist. Dass ich dabei auch die BDP nicht ausnehme ist kein „Verrat“ an der eigenen Sache, sondern ein differenzierter Blick auf bestimmte Themen und Haltungen. Dass dies bei meiner Partei möglich ist, zeigte sich 2010 bei der Energiewende-Abstimmung. So stand die BDP Bern Stadt in Opposition zur kantonalen Mutterpartei für den letztlich auch mehrheitsfähigen Zeithorizont 2039 ein. Dies trotz der damaligen Nähe der BDP Kanton Bern zum Energiekonzern BKW (Urs Gasche). In diesem Sinne würde ich gerne als Grossrat die Interessen der Stadt Bern auf Kantonsebene wahrnehmen und ebenfalls im kantonalen Parlament für eine lösungsorientierte Sachpolitik eintreten.